

Internationaler Aktionstag 19.3.2005

Redebeitrag Ernst Antoni auf dem Marienplatz in München

München, 19.3.05

Liebe Freundinnen und Freunde,

Im Aufruf zu unserer heutigen Kundgebung steht zu lesen: „Die EU forciert die neoliberale Globalisierung, durch die Kriege, ökologische Katastrophen und sozialer Rückschritt in weltweitem Maßstab produziert werden. Damit verschärfen sich Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus.“

Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus, liebe Freundinnen und Freunde: Das sind die Felder, auf denen auch die alten und neuen Faschisten säen und versuchen, zu ernten. Nicht ohne Erfolg, wie uns die Wahlergebnisse im Saarland, in Brandenburg und in Sachsen gezeigt haben.

Nachdem das Verbotsverfahren gegen die NPD wegen der Verstrickungen des so genannten Verfassungsschutzes in der rechtsextremen Szene kläglich gescheitert ist, nachdem deutsche Gerichte immer noch Freibriefe für ultrarechte Aufmärsche ausstellen und antifaschistische Gegenwehr kriminalisieren, vergeht kaum eine Woche, in der nicht in irgendeiner deutschen Stadt neofaschistische Provokationen stattfinden.

Hier in München steht uns eine solche Provokation am 2. April ins Haus. Unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an einen Sozialstaat in der BRD“ hat der Anführer der faschistischen Kameradschaft München, das NPD-Mitglied Norman Bordin eine Demonstration und Kundgebung angemeldet. Angekündigt sind Redner aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften/Freie Nationalisten“ aus dem gesamten Bundesgebiet.

Wieder einmal versuchen die Nazis, die berechtigten Proteste gegen Hartz IV und Sozialabbau auf ihre braunen Mühlen zu kanalisieren. Sie tun das mit dem Ziel, die notwendige Solidarität der von der fortschreitenden sozialen Deklassierung in diesem Land – und, wie wir heute schon gehört haben – in ganz Europa Betroffenen zu verhindern. Sie tun das mit dem Ziel, Angst und Unsicherheit zu schüren und so den Boden zu bereiten für rassistische „Volksgemeinschafts“-Programme unseligen Angedenkens.

Der den meisten hier an diesem Platz bekannte ehemalige KZ-Häftling Martin Löwenberg von unserer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Martin Löwenberg, hat unlängst in einem Interview mit der Gewerkschaftszeitung ver.di-Publik zum historischen Bezug gesagt: „Das war in der Weimarer Republik nicht anders. Was herauskam, haben wir erleben müssen: Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Konzentrationslager, Massenmord und Krieg, Trümmer und soziales Elend. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen.“

Und er hat betont, wie wichtig es deshalb sei, „nicht nachzulassen mit der Aufklärungsarbeit über Rassismus und Antisemitismus, über die Wurzeln der faschistischen Ideologie, über deren grundsätzliche Arbeitnehmerfeindlichkeit.“ Aber, so Löwenberg: „Aufklärung allein reicht nicht aus – wie müssen uns den Nazis auch konkret entgegenstellen.“

Diesem Appell von Martin Löwenberg sollten wir und noch viele, viele weitere Münchnerinnen und Münchner am Samstag, 2. April, folgen. Viele auf diesem Platz wissen, dass Martin Löwenberg wegen eben solch einer Aufforderung, sich den Nazis entgegenzustellen, von einem bayerischen Gericht zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Das Skandalurteil hat ihn nicht daran gehindert, auch dieses Mal wieder – trotz seiner nun bald 80 Jahre – bei der Vorbereitung der antifaschistischen Aktionen am 2. April dabei zu sein. Wir sollten uns an ihm ein Vorbild nehmen!

Ich freue mich, dass das „Münchner Bündnis für Toleranz“ unter Federführung des Oberbürgermeisters in seinem Aufruf zur Kundgebung, die am 2. April um 10 Uhr hier auf dem Marienplatz beginnt, so klare Worte gefunden hat. Ich zitiere: „Wir rufen auf, unüberhörbar klar zu stellen, dass Neo-Nazis in München unerwünscht sind. In München ist kein Platz für neo-nazistische Aktivitäten! Wir überlassen unsere Stadt nicht den Nazis! Wir sind präsent! Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda! Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, deutlich zu machen, dass nationalistische, rassistische und antisemitische Parolen in München keinen Widerhall finden.“

Und ich freue mich auch, dass das „Bündnis gegen Nazi-Aufmärsche“ unter dem Motto „Stoppt die Nazis. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ im Anschluss an die Kundgebung am Marienplatz vielfältige Protestaktionen entlang der Route des Nazi-Aufmarsches angekündigt hat. „Nie wieder Faschismus!“ ist kein Lippenbekenntnis“, heißt es in diesem Aufruf, „sondern Ansporn und Anlass zu konkretem Handeln.“

Beginnen wir bereits jetzt mit diesem Handeln. Verbreiten wir die Aufrufe gegen die Naziprovokation in unserem gesellschaftlichen Umfeld, in der Nachbarschaft, in den Betrieben, in den Schulen. Was in dieser Stadt schon 1997 und 2000 Erfolge hatte, sollten wir auch an diesem 2. April wieder deutlich machen: Durch massenhafte Präsenz beweisen, dass die Nazis gestoppt werden können. Weil Faschismus eben keine Meinung ist, die von den verfassungsrechtlichen Grundrechten geschützt ist, sondern nach wie vor ein Verbrechen – auch wenn das manche Behörden, Justiz und Polizei zurzeit noch anders sehen.

Ich danke euch und hoffe, dass wir alle und noch viele mehr uns am 2. April wieder treffen!